



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Beilage 1,25 Mark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

## Bekanntmachung.

Wenige Tage nach Festsetzung der seit 15. Dezember 1919 für Gehilfen und Hilfsarbeiter gültigen Steuerzulage ist eine weitere Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise eingetreten, hervorgerufen durch eine Prämienzahlung, die den Landwirten für Ablieferung von Brotgetreide und Kartoffeln durch die Verordnung der Reichsregierung vom 18. Dezember 1919 aufgebunden werden mußte.

Zu dieser neuen Verteuerung wichtigster Lebensmittel hat die Zentral-Arbeitsgemeinschaft, der auch die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach angeschlossen ist, Stellung genommen, und es ist am 22. Januar 1920 beschloffen worden, daß diese Verteuerung auch von den Arbeitgebern des Papierfachs, rückwirkend ab 1. Januar 1920, getragen werden soll. Ueber die Höhe der zu zahlenden Sonderzulage, die ganz unabhängig von tariflichen Zulagen zu zahlen ist, sollten sich die beiderseitigen Organisationen in den verschiedenen Gewerben verständigen.

Für das Buchdruckgewerbe hat das Tarifamt zu dieser Angelegenheit in seiner Sitzung vom 29. Januar Stellung genommen. In Anwesenheit und unter Zustimmung der Vertreter der Organisationen des Buchdruckgewerbes ist beschloffen worden, daß

**jedem Gehilfen und Hilfsarbeiter eine weitere wöchentliche Zulage von 5 Mk., wenn verheiratet von 10 Mk. pro Woche zu zahlen ist, rückwirkend ab 1. Januar d. Js.**

Auf eine vom Tarifausschuß später eventuell noch zu beschließende neue Steuerzulage soll diese Sonderzulage Anrechnung finden.

Dieser Beschluß hat für alle Prinzipale, Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, gleichviel ob sie der Tarifgemeinschaft als Mitglieder angehören oder nicht, verbindliche Kraft.

Gleichzeitig hat das Tarifamt beschloffen, den Tarifausschuß in der letzten Februarwoche zu einer Beratung zusammen zu berufen. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Berlin, 29. Januar 1920.

### Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Rud. Alkein, Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.  
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Für die Woche vom 8. bis 14. Februar 1920 ist die Beitragsmarke in das mit 7 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Der Gaubeitrag im Gau 9 (Hannover) ist auf Beschluß des Gauvorstandes von 10 Pf. auf 20 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr erhöht worden.

Die Zahlstelle Weimar hat auf Beschluß der Generalversammlung vom 21. Januar den Lokalbeitrag ab 1. Februar von 10 Pf. auf 20 Pf. wöchentlich erhöht.

Der Verbandsvorstand hat zu diesen Beschlüssen seine Zustimmung gegeben.

#### Der Verbandsvorstand.

J. A.: E. Bucher, 1. Vorsitzender.

### Keine Einigung über den Reichstarif.

Die Verhandlungen über die Festsetzung der reichsstariflichen Mindestlöhne für das männliche Buchdruckerei-Hilfspersonal haben unter Mitwirkung der vom Tarifausschuß der Buchdrucker eingesetzten Einigungscommission am 27. Januar in Leipzig begonnen und sind in den Nachmittags-

stunden des 28. Januar ergebnislos abgebrochen worden. Dieses negative Resultat der letzten Versuche, zu einer Einigung zu kommen und das am 26. November v. J. begonnene Werk zu vollenden, hat verschiedene Ursachen. Sie liegen zum Teil in materiellen Differenzen, die nicht überbrückt werden konnten, in der Hauptsache aber in der Art, wie vom Deutschen Buchdrucker-Verein Verhandlungen im allgemeinen und über den Reichstarif im besonderen geführt werden.

Ueber den materiellen Punkt, an dem die Verhandlungen formell scheiterten, war dank den Bemühungen der Gehilfenmitglieder der Einigungscommission am zweiten Verhandlungstage eine Einigung bereits erzielt. Es sollte unter Anrechnung an die Altersklassen des Gehilfenstarifs an

17—19 jährige	70 Prozent,
19—21	75
21—24	77½
über 24	80

und

des Gehilfenlohnes festgesetzt werden. Dieser Beschluß war schon einstimmig gefaßt, als plötzlich die Prinzipalvertreter seine Durchführung davon abhängig machten, daß auch bei künftigen Steuerzulagen nur die erwähnten Prozentätze für Hilfsarbeiter Geltung haben sollten, obwohl in den Verhandlungen vom 26. bis 28. November v. J. ein-

stimmig die Steuerzulagenätze für männliche Hilfsarbeiter auf 75 und 85 Prozent festgelegt wurden. Unsere Vertreter konnten und durften aber diese Position nicht aufgeben, weil dadurch der übergroßen Masse der Kollegen, die jetzt schon 80 Prozent und darüber verdienen, Schäden zugefügt worden wäre. Man konnte sich bereit erklären, einer Zwischenstufe von 80 Prozent zuzustimmen für die beiden mittleren Altersklassen, in denen ein Teil Hilfsarbeiter in die 75 Prozent-Gruppe, der andere in die mit 85 Prozent fällt. Aber auch darauf ließen sich die Prinzipale nicht ein, sondern sie erklärten nunmehr, von dem bereits gefaßten Beschluß wieder zurücktreten zu müssen und boten für die über 21 Jahre alten Hilfsarbeiter 75 Prozent mit zwei Abschlägen von je fünf Prozent für die 17—19 und 19—21 jährigen unter Aufrechterhaltung der 85 resp. 75 prozentigen Steuerzulagen. Damit war der ursprüngliche Stand der Differenzen glücklich wieder hergestellt und jedes Weiterverhandeln überflüssig geworden.

Bekanntlich war sich die engere Beratungskommission im November darüber vollkommen einig, daß für alle Hilfsarbeiter über 17 Jahre nach einjähriger Berufstätigkeit der Mindestlohn 75 Prozent der höchsten Gehilfenklasse betragen sollte. Und als nach dieser Festsetzung die Prinzipale eine Abstufung unter diesen Prozentsatz für die jüngeren Altersklassen forderten, zerschlugen sich die Verhandlungen darüber. Unsere Vertreter waren bei einer derartigen Bewertung der Hilfsarbeiterfähigkeit damals nicht in der Lage, einer weiteren Abstufung zuzustimmen und werden es auch in Zukunft nicht sein! Das von der Prinzipalität angeführte „soziale Moment“, das ihnen angeblich gebietet, den älteren und verheirateten Arbeitern höhere Löhne zu bezahlen, soll auch von uns berücksichtigt werden. Aber dann möge man ihnen auch wirklich mehr geben und nicht das „soziale Moment“ zur Lohnrückerei bei den jüngeren Arbeitern benutzen. Wenn schon 75 Prozent der höchsten Gehilfenlöhne die Basis darstellen sollte, auf der sich die Hilfsarbeiterlöhne aufbauen, dann muß aber bei einer Altersstaffelung nach oben ebenso gestaffelt werden wie nach unten. Von diesem Grundsatz gehen wir nicht abgeben, selbst auf die Gefahr hin, daß daran die ganze Idee des Reichstarifs zugrunde geht.

Gegen die Altersstaffelung sowohl als auch für die höhere Bewertung der Hilfsarbeiterfähigkeit im Buchdruckgewerbe sind der Gründe bei allen Auseinandersetzungen mit der Prinzipalität so viele ins Treffen geführt worden, daß wir uns deren Wiederholung hier ersparen können. Dafür aber halten wir es für angebracht, einiges über jene Gründe zu sagen, die, wie eingangs erwähnt, hauptsächlich zum Abbruch der letzten Verhandlungen geführt haben. Den Herren von der Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins ist es zwar immer sehr unangenehm, wenn wir zwischen ihren mündlichen oder schriftlichen Auslassungen und ihren Handlungen die größten Widersprüche festzustellen in der Lage sind, und sie fühlen sich in ihrem Ansehen verletzt, wenn man dem offen Ausdruck gibt. Aber schlichtlich sind wir dem Ansehen unseres Verbandes nicht weniger Rücksichten schuldig als dem

des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Und wenn wir erkannt haben, daß die Taktik des Deutschen Buchdrucker-Vereins immer wieder nur auf Verchiebung eingestellt ist, dann muß es einmal deutlich gesagt werden, daß die Hilfsarbeiterschaft nicht gewillt ist, sich weiter an der Nase herum führen zu lassen. Als im vorigen Jahre überall Bewegungen einsetzten, durch die sich die Hilfsarbeiter ihre Lohnverhältnisse ganz wesentlich verbesserten, da war die Neigung zum Abschluß eines Reichstariifs in Prinzipalstreifen eine allgemeine, und auch die Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins brachte zum Ausdruck, daß eine einheitliche Regelung der Hilfsarbeiterverhältnisse im Interesse beider Teile gelegen ist. Es kamen die Verhandlungen und dadurch auch ein gewisser Waffenstillstand zustande. Man war allgemein der Auffassung, besonders auch im Geheimenlager, daß nunmehr der Weg für ein gemeinames Arbeiten geebnet ist. Die Verhandlungen zeitigten bis auf einen Punkt ein positives Resultat. Um nicht an diesem einen Differenzpunkt das ganze Werk scheitern zu lassen, sollte der abgeschlossene Teil des Reichstariifs am 1. Januar in Kraft treten. Darüber waren alle Beteiligten einig, und so wurde dem Tarif-Ausschuß der Buchdrucker berichtet. Im Einverständnis mit den vom Deutschen Buchdrucker-Verein hierfür bevollmächtigten Personen erfolgte dann die Veröffentlichung des abgeschlossenen Teils des Tariifs. Dagegen ist von keiner Seite, auch nicht vom Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Widerspruch erhoben worden. Er unterließ es nur, seine Mitglieder ebenfalls von dem Abschluß zu unterrichten. Diese drückten sich natürlich um die Bezahlung der Zulagen so gut es ging herum mit dem Hinweis, daß sie keine diesbezügliche Weisung ihrer Zentralleitung hätten. Noch am 7. Januar erklärte die Geschäftsleitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins, daß die Einführung des Tariifs sich nur dadurch verzögere, weil die Mitglieder dessen Wortlaut noch nicht kennen. Es würden aber sofort die von uns angeforderten 150 Exemplare des Tariifs an die Kreis- und Bezirksvertreter versandt werden. Die Verzögerung ist auch erfolgt — aber als „Entwurf“ zur „Begutachtung“! — Man verstehe richtig: Im heiderseitigen Einverständnis und unter Zustimmung des Tarifausschusses wird der Einführungsstermin des Tariifs auf den 1. Januar festgesetzt und dann scheidet man den abgeschlossenen Tarif als Entwurf zur Begutachtung hinaus. Als wir dann beim Beginn der letzten Verhandlungen dieses Gebarens ins rechte Licht setzten und unsere einwandfreie Darstellung der Sachlage auch von Prinzipalseite selbst herrschte noch obenrein eine bedeutende Abminderung der Löhne, besonders die weiblichen Arbeitskräfte, von den Kindern ganz zu schweigen, wurden in erbärmlichster Weise entlohnt. Daß ein solches Lohnsystem den einfachsten Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit widerspricht, leuchtet ohne weiteres ein, und daß eine sozialisierte Wirtschaftsweise einen solchen Lohn auf den Sozialismus nicht länger dulden darf, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Der Satz: „Für eine anständige Leistung eine anständige Entlohnung!“, der natürlich auch umgekehrt gilt, schreit geradezu nach Verwirklichung.

Jede Entlohnung soll ein menschenwürdiges Dasein gewährleisten oder, anders ausgedrückt, jeder Lohn soll zur Bedürfnisbefriedigung ausreichen. Nun sind aber die Bedürfnisse der einzelnen Menschen quantitativ und qualitativ verschieden. Ein Familienvater gebraucht mehr zum Lebensunterhalt als ein Junggeselle, eine große Kinderzahl erfordert einen größeren Aufwand als eine kinderlose Familie. Ein kulturell höher stehender Mensch stellt höhere Ansprüche ans Leben und hat verfeinerte Bedürfnisse, während ein anderer, der nichts gewohnt ist, mit minderwertigen Dingen fürlieb nimmt. Um diese Unterschiede hat sich der Kapitalismus wenig oder gar nicht gekümmert, er hat die Löhne einfach über einen Stamm geschoren, ohne nach den persönlichen Verhältnissen des einzelnen zu fragen. Ist es nicht ein Skandal, daß ein Familienvater mit einem halben Dutzend Kindern denselben Lohn bezog wie ein Junggeselle, oder daß ein junges Mädchen mehr verdient als eine Witwe mit sechs Kindern? Diese Ungerechtigkeit wurde von den Sozialisten seit langem als unhaltbar empfunden, und es sind die verschiedensten Vorschläge gemacht worden, um Abhilfe zu schaffen. Ein gerechter Ausgleich auf diesem Gebiet ist eine dringende Forderung, eine Berücksichtigung der Bedürfnisfrage in dem Lohnsystem

läßt sich nicht von der Hand weisen. Wie schon heute bei den Unterführungsfragen die persönlichen Verhältnisse des einzelnen nach Möglichkeit in Betracht gezogen werden, so muß dies auch bei der Entlohnung geschehen. An die Stelle eines feilen Mechanismus muß eine Individualisierung und Spezialisierung treten, das verlangt die höhere Sozialgerechtigkeit, die wir erstreben. Daß dieses neue Lohnsystem manche Schwierigkeiten und Komplikationen mit sich bringt, darf uns dabei nicht abstreifen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß zugleich mit der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens vor allen Dingen die Frage der Entlohnung von Grund auf neu geregelt werden muß. Der radikalste Vorschlag, der in dieser Beziehung gemacht wird, ist der, daß ein Einheitslohn für alle Menschen eingeführt werden soll. Alle in einem Betriebe Beschäftigten sollen den gleichen Lohn bekommen, und alle Betriebe sollen in bezug auf die Lohnverhältnisse gleichgestellt werden. Diese im Namen der Gleichheit aufgestellte Forderung, die die unterschiedslose Einerleiheit aller Glieder der Arbeitsgemeinschaft als Ziel erstrebt, widerspricht nicht nur den Forderungen der Gerechtigkeit, sondern auch dem Grundgesetz der Wirtschaftlichkeit. Es wäre ein Unrecht, wie wir schon erwähnten, einem Menschen, der größere Bedürfnisse hat, die er notwendig befriedigen muß, einen ebenso hohen Lohn zu zahlen wie einem andern mit geringeren Bedürfnissen, und nicht minder wäre es ungerecht, einen fleißigen, gewissenhaften, tüchtigen Menschen, der hohe Leistungen aufzuweisen hat, mit demselben Lohn abzuspeisen wie einen andern, der faul, gleichgültig und ungeschickt ist und deshalb bedeutend weniger leistet. Das widerspricht unserm gesunden Rechtsempfinden, ein solches Lohnsystem wäre unhaltbar, da es den Widerstand aller ehrlichen Menschen herausfordert. Es verträgt sich auch nicht mit der menschlichen Natur, da jeder normale Mensch das natürliche Bestreben hat, durch höhere Leistungen eine höhere Gegenleistung zu erzielen. Ein einheitlicher Lohnsatz würde jedes Vorwärts- und Aufwärtstreben geradezu systematisch ertöten, da er eine Prämie bedeutet auf Faulheit und Gleichgültigkeit, er wäre der Tod unseres wirtschaftlichen Lebens. Daher muß diese Forderung, die von unwillkürlichen Leuten erhoben und sogar als eine sozialistische Forderung bezeichnet wird, rundweg abgelehnt werden.

## Eine gerechte Entlohnung.

Wenn nun auch die Unterschiede in der Lohnhöhe bleiben müssen, so erscheint doch der bislang bestehende geradezu unsinnige Unterschied in der Entlohnung fernerhin unhaltbar. Es darf nicht mehr gebudelt werden, daß die Oben sehr hohe Gehälter beziehen, die sich in keiner Weise rechtfertigen lassen, während die Unteren, die doch auch ihre Pflicht tun, mit Hungerlöhnen abgespeist werden. Eine gerechte oder, besser gesagt, eine möglichst gerechte Entlohnung durchzuführen, ist eine der dringendsten Aufgaben der nächsten Zukunft. Der Maßstab, der hierbei angelegt werden muß, kann nur die größere oder geringere Leistung sein. Wer in einem Betrieb wegen seines Fleißes, seiner Geschicklichkeit, seiner Gewissenhaftigkeit und seiner Pflichttreue mehr leistet, wer eine größere Verantwortlichkeit hat, wer, kurz gesagt, dem Betrieb mehr nützt als ein anderer, der soll und muß auch mehr verdienen. Anders läßt sich das wirtschaftliche Leben — auch nach der Verwirklichung des Sozialismus — nicht regeln. An dieser Tatsache kann man als vernünftiger Mensch nicht drehen noch deuteln. Die höhere Entlohnung soll nicht nur eine gerechte Entschädigung sein für höhere Leistungen, sie soll auch der Ansporn sein, solche höhere Leistungen zu erzielen. Wir wissen, daß die Verwirklichung dieser Forderung im einzelnen viele und große Schwierigkeiten in sich birgt, wie ja die Verwirklichung des sozialistischen Gedankens überhaupt keine leichte Sache ist, aber diese Schwierigkeiten werden überwinden werden, wenn der erste Wille vorhanden und wenn der Geist des wahren Sozialismus in uns lebendig geworden ist.

**Aus unseren Zahlstellen.**

**Altenburg.** In einer gut besuchten Versammlung am 23. Januar in „Stadt Gera“ nahm das hiesige Steindruckhilfspersonal zu der weiteren Vertretung der Lebenshaltung Stellung. Nach lebhafter und reger Aussprache wurden die den Gehilfen bewilligten Sätze als Richtlinien unserer Forderungen aufgestellt, gleichzeitig aber betont, daß nun auch endlich die Verbandsleitung sich des Stein-

unser Kollegenschaft an allen Orten möge aus vorstehend Gelegtem aber auch ihre Lehren ziehen. Es ist kein Zufall, daß die Tarifgeuerlichkeit im Prinzipalstreifen im gleichen Maße wächst, als die überabitalen Schreier in unseren Kreisen gegen die Tarifpolitik der Verbandsleitung scharfmachen. Die Unternehmer haben ein feines Empfinden dafür, wo und in welcher Form sich ihnen die gewerkschaftliche Kraft der Arbeiter am unbequemsten bemerkbar macht. Es stört sie wenig, wenn der Kapitalismus täglich ein paarmal mit dem Maul „vernichtet“ wird, dagegen wehren sie sich mit allen Mitteln gegen die systematische Arbeit der Gewerkschaften, die ihr Hauptaugenmerk stets und ständig auf die Bessergestaltung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse richtet. Diese Arbeit kann aber nur von Erfolg begleitet sein, wenn die Arbeiter einig und geschlossen sind. Und jetzt gerade haben wir Hilfsarbeiter es nötiger denn je, einig zu sein und unsere ganze Kraft darauf zu konzentrieren, daß uns unsere bisherigen Errungenschaften nicht wieder verloren gehen. Noch haben die Unternehmer im Buchdruckgewerbe keine Ursache, darüber zu triumphieren, daß sie der Hilfsarbeiterschaft bereits zugestandene Rechte wieder streitig gemacht haben. Wir werden uns das, was man uns nicht freiwillig gibt, auf andere Weise zu holen wissen. Dazu aber bedürfen wir der Einigkeit und der vertrauensvollen Mitarbeit aller.

E. Pucher.



druckhilfspersonals in ähnlicher Weise durch Schaffung eines Reichstariifs annehmen möge, wie das inwischen in so glücklicher Weise beim Buchdruckhilfspersonal geschehen ist.

**Gotha.** Wenn man von unserm Ort wenig in den Spalten der Zeitung liest, so sicher nicht aus dem Grunde, weil die Verhältnisse in unserm Berufe etwa rosig sind, im Gegenteil! Die sowohl durch ihre „Wohlfahrts“-einrichtungen als auch durch die Anfertigung der Karten der Kriegsschauplätze weltberühmt gewordene Geographische Anstalt von Justus Perthes schlägt in punkto schlechten Löhnen am hiesigen Orte den Reford, werden doch bei dieser Firma noch vorinsichtliche Löhne von 12,- bis 18,- Mk. wöchentlich gezahlt. Durch die rührige Tätigkeit des Graphischen Martells ist es nun gelungen, in verhältnismäßig ganz kurzer Zeit eine Mitgliederzahl von 50 zu erreichen, so daß fast alle am Orte befindlichen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen im Verband organisiert sind. Hoffentlich erfolgt am recht bald die offizielle Bekanntmachung des Tarifamtes über unsern Tarif, der für Gotha immerhin eine bedeutende Verbesserung in den Löhnen bedeutet, damit auf der ganzen Linie ein Vorstoß unternommen werden kann und wir die hiesigen Prinzipale zur Zahlung von Löhnen zwingen können, die den jetzigen Teuerungsverhältnissen einigermaßen Rechnung tragen. Lange genug hat der Zustand gebauert, daß das Hilfspersonal den Herren Prinzipalen für ein Butterbrot zu Reichstümern verholten hat.

**Görlich.** Die am 23. Januar tagende Mitgliederversammlung nahm zuerst den Kassenbericht vom vierten Quartal entgegen. Die Gesamteinnahme ergab 1116,82 Mk., der Hauptfasse wurden 819,52 Mk. überwiesen; der Kassenbestand erhöhte sich von 76,25 Mk. auf 139,92 Mk. Die Neuwahl des gesamten Vorstandes ergab: erster Vorsitzender Kollege Krause; zweiter Vorsitzender Kollege Schillert; Kassierer durch Wiederwahl Kollege Schulz; Schriftführerin Kollegin Rosemann. Der Kollege Schulz berichtete, daß bereits Schritte unternommen worden seien, um den Reichstariif einzuführen. Er ermahnte, nicht voreilig zu sein und die Ruhe zu bewahren, bis für uns der Reichstariif endgültig abgeschlossen ist. Der Antrag des Kollegen Schulz, den Ortsbeitrag zu erhöhen, wurde zu der nächsten Versammlung zurückgestellt.

**Karlruhe i. B.** Generalversammlung am 20. Januar. Der Vorsitzende, Kollege Rieger, gedachte vor Erstattung des Geschäftsberichts zunächst der verstorbenen Kollegen. Kollege Valentin Beder ist in englischer Gefangenschaft gestorben. Er war Mitbegründer unserer Zahlstelle. Die gut besuchte Versammlung ehrte das Gedächtnis der Toten durch Erheben von den Plätzen. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß wir das abgelaufene Jahr 1919 mit nahezu 300 Mitgliedern abschließen konnten. Ferner hatten wir im Berichtsjahre mit Erfolg vier Lohn- bzw. Teuerungszulagen-Bewegungen durchgeführt. Den Mitgliedern wurde im Januar eine wöchentliche Teuerungszulage von 6,- bis 8,- Mk., im Mai von 11,- bis 15,- Mk., im Oktober von 7,- bis 12,- Mk. und im Dezember von 12,50 bis 21,25 Mk. gebracht. Gleichzeitig mit der Mai-Teuerungszulage wurde auch die Ferienfrage gelöst, und zwar gelangte hierdurch ein großer Teil unserer Kollegen und Kolleginnen in den Genuß von Ferien von drei bis zwölf Tagen. An Mitgliederversammlungen wurden abgehalten 13, Drucker- und Delegierten-Sitzungen 35. Die Post-Ein- und Ausgänge des Vorsitzenden beliefen sich auf zusammen 202 Briefe, 158 Karten und sechs Telegramme. Dem Berichte des Kassierers, Kollegen Laible, wollen wir kurz folgende Zahlen entnehmen: die Einnahmen betragen 8886,- Mk., nach Berlin an die Zentralfasse wurden abgeführt 7069,30 Mk. und in der Ortskasse verblieben nach Abzug sämtlicher Unkosten 469,45 Mk. Bei der nun folgenden Neuwahl des Gesamtvorstandes wurden folgende Kollegen und Kolleginnen gewählt: erster Vorsitzender Adolf Rieger; zweiter Vorsitzender Ludwig Huber; Kassierer Robert Laible; erster Schriftführer Eugen Danthöfer; zweite Schriftführerin Pauline Koger; Beisitzer Friedrich Bröner und Anna Hofmann; Revisoren Johann Barth und Rothfuß. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, sprach Kollege Rieger in einem kurzen Schlussworte den Wunsch aus, daß auch im neuen Jahre die Kollegen und Kolleginnen treu zur Fahne des Verbandes stehen und mitarbeiten an der Erreichung besserer Lebensbedingungen. Mit einem Hoch auf den Verband, in das die Versammelten begeistert einstimmten, schloß er die Generalversammlung. — Eine anschließende Abendunterhaltung mit Tanz hielt die Kollegen und Kolleginnen noch bis in die späten Abendstunden zusammen.

**Leipzig.** Am 21. Januar fand im „Volkshaus“ die diesjährige Generalversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Kollege Schulze eröffnete die Versammlung. Kollege Kreschmar streifte kurz

das Verbot der „Leipziger Volkszeitung“ sowie die Wirkungen, die dadurch entstehen könnten. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

Die Mitglieder der Zahlstelle Leipzig des Verbandes der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands fordern von der Regierung und dem für Leipzig zuständigen Militärbevollmächtigten des Reichskreises I die sofortige Zurücknahme des Verbotes der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Volkszeitung für das Mulental“. Sie erblicken in diesem Verbot nicht nur eine Anwendung der gegenrevolutionären Gewalt, sondern auch eine schwere Schädigung der Angehörigen des Zeitungs-gewerbes (Angestellte, Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Austrägerinnen). Die Versammlung beauftragt die Verwaltung, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die oben ausgesprochene Forderung durchzusetzen. Die Versammelten erklären, daß sie sich entschlossen sind, ihre Forderung nötigenfalls mit den äußersten Mitteln durchzusetzen. Auch wird mit Nachdruck auf die Kollegierungen hingewiesen, die sich aus den Beschlüssen für die gesamte übrige Presse ergeben.

Sodann gedachte der Vorsitzende der in diesem Jahre verstorbenen Mitglieder, wie auch der Kollegin Thiede und der 42 Opfer der Berliner Demonstration am 13. Januar. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht und wies auf die Tätigkeit der Ortsverwaltung hin, die immer bestrebt gewesen sei, die Interessen der Mitglieder hochzuhalten und dem Willen der Mitglieder Rechnung zu tragen. Abgehalten wurden 143 Betriebsversammlungen, vier Bezirksversammlungen, zwölf Funktionärsitzungen, acht Mitgliederversammlungen und 19 Vorstandssitzungen. Lohnbewegungen fanden fünf statt, die mit Erfolg endeten. Vor dem Schlichtungsausschuß kam nur ein Fall mit Erfolg zur Entscheidung, die übrigen Fälle fanden ihre Erledigung vor Festsetzung des Termins. Verhandlungen mit den Buchdruck-Prinzipalen wegen Gewährung von Teuerungszulagen und wegen Beilegung von Beschwerden fanden in sieben, mit den Steinbrucker-Prinzipalen in vier, mit den Notendruck-Prinzipalen in zwei Fällen statt. Es konnten für die Kollegen-schaft nennenswerte Zulagen erzielt werden. Im Buchdruck wurde der Lohn der Männlichen von 48,- bis 58,- Mk. auf 110,- bis 113,- Mk. Durchschnittslohn gebracht, bei den Anlegerinnen von 35,- auf 69,75 bis 78,- Mk., bei den Auslegerinnen und sonstigen Hilfsarbeiterinnen von 28,- auf 62,- bis 68,- Mk. Auch im Steinbrucker waren die Bemühungen nicht umsonst, konnte doch der Lohn bei den Männlichen über 24 Jahren von 46,- und 50,- Mk. auf 98,50 bis 105,- Mk., bei den Anlegerinnen von 26,- und 28,- Mk. auf 59,75 bis 64,- Mk. und bei den Auslegerinnen und Hilfsarbeiterinnen von 20,- und 23,- Mk. auf 53,50 Mk. und darüber tariflich festgelegt werden. Für das Steinbruckerhilfspersonal trat mit Wirkung der ersten vollen Lohnwoche dieses Jahres neue Zulagen in Kraft, die für alle Berufsangehörigen, gleichgültig ob männlichen oder weiblichen Geschlechts, 25 Prozent des bisherigen Verdienstes plus 1,- Mk. betragen. Wofür erstattete hierauf den Kassenbericht. Mit dem Mitgliederzuwachs seien auch die Kassenverhältnisse andere geworden. Ein so günstiges Resultat habe die Zahlstelle Leipzig nie zu verzeichnen gehabt. An Eintritt wurden von 3361 Mitgliedern 3110,05 Mk. und an 163 652 Beiträgen 156 380,70 Mk. als Einnahme verbucht. Die Gesamteinnahmen betragen 167 349,47 Mk., die Gesamtausgaben 151 320,85 Mk. Der Hauptfasse konnten im laufenden Jahre 88 027,28 Mk. überwiesen werden. Der Mitgliederbestand am Jahres-schluss betrug 1167 männliche und 3395 weibliche, zusammen 4562 Mitglieder. Kollege Schelle erstattete Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsartells und wies auf den später erscheinenden gedruckten Bericht hin. Auch das Leipziger Gewerkschaftsartell hatte eine Ausnahme von über 100 Prozent zu verzeichnen. Kollege Hesse als Obmann der Revisoren beantragte, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, sowie zwei Fünftel Prozent der Einnahme als Mantelgeld zu bewilligen. Außerdem wurde den unbesoldeten Vorstandsmitgliedern eine Entschädigung von 90,- Mk., den Schriftführern eine solche von 60,- Mk. für ihre Tätigkeit im verfloffenen Geschäftsjahre bewilligt. In der hierauf stattfindenden Diskussion wurde der Verwaltung am Orte vollstes Vertrauen entgegengebracht, nicht aber dem Gauleiter, Kollegen Behrend, dessen Verhalten scharf kritisiert wurde. Hieran anschließend wurden die Kandidaten der Ortsverwaltung, des Gewerkschaftsartells, der Revisoren und des Tarifstreitgerichts von der eingesetzten sechs-köpfigen Kommission zur Kenntnis genommen. Mit Majorität wurde beschlossen, die Wahlen in den Betrieben vorzunehmen. Ein weiterer Antrag wurde, nachdem der Vorsitzende auf den Beschluß der Vorstandssitzung vom

7. Januar, die Neubesetzung des Gauleiterpostens zum Verbandstage zurückzustellen, aufmerksam gemacht hatte, mit Majorität angenommen, er lautet:

Die Versammlung ersucht den Zentralvorstand, den Gauleiter Behrend sofort von seinem Posten als Gauleiter abzurufen und die Geschäfte des Gauleiters provisorisch bis zum Verbandstage dem Kollegen Kreschmar zu übertragen. Der Antrag, den Angestellten der Zahlstelle 25, Max Teuerungszulage wöchentlich bis zur Regelung ihrer Gehälter vorzuschüsse aus Ortsmitteln zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, ein Ortsstatut zu schaffen. Nach der Wahl einer Statutenberatungskommission fand die Versammlung ihr Ende.

**Stuttgart.** Die Ortsvorstände der Organisationen der Buchbinder, Buchdrucker, Chemigraphen, Lithographen und Steinbrucker und Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter trafen sich in einer im „Gewerkschaftshaus“ stattgefundenen Sitzung für die Bildung eines graphischen Martells aus auf der Grundlage des von den Zentralvorständen dieser Organisationen gegründeten graphischen Bundes. Die vorliegende Satzung wurde ohne wesentliche Änderungen aufgegeben. Weiter wurden die dem Martell zu überweisenden Aufgaben einer Besprechung unterzogen und dabei volle Einmütigkeit erzielt. Der Vorsitzende behandelte dann die Betriebsrätefrage und machte darauf aufmerksam, daß die Betriebsräte in den graphischen Betrieben, namentlich aber in Zeitungs-betrieben, um sehr wichtige Rechte geprellt werden sollen. Nach den Beschlüssen des Sozialen Ausschusses der Nationalversammlung sollen die Betriebsräte in Betrieben mit politischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Bestrebungen bei der Mitwirkung von Einstellungen und Entlassungen ausgeschlossen werden und eine Vertretung im Aufsichtsrat nicht erhalten, auch sollen diese Betriebe von der Verpflichtung der Vorlegung der Bilanz entbunden werden. Der Ausschuss habe sich bei diesen Beschlüssen einseitig von ganz unbegründeten Berücksichtigungen der in Frage kommenden Arbeitgeber leiten lassen. Die graphische Arbeiterchaft müsse daher gegen die geplante Zurücksetzung und Rechtslosmachung energisch Front machen. Die einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die im „Gewerkschaftshaus“ versammelten Vorstände der fünf graphischen Verbände, als berufene Vertretung der Arbeiter der graphischen Industrie Stuttgart, erheben entschiedenen Einspruch gegen die Beschlüsse des Sozialen Ausschusses der Nationalversammlung, in denen sie eine Verkümmern der Rechte der Betriebsräte in graphischen Betrieben erblicken. Die graphische Arbeiterchaft hat sich schon immer gegen jede Einengung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift zur Wehr gesetzt, und besonders die Arbeiterchaft in Zeitungsbetrieben hat bewiesen, daß sie Verantwortungsbewußt genug besitzt, ihren Einfluß nicht zu politischen Zwecken zu missbrauchen. Die Vorstände weisen daher die gegen die Gleichstellung vorgebrachten Gründe als leichtfertige und haltlose Verdächtigungen der Arbeiterchaft in Zeitungs-betrieben mit aller Schärfe zurück. Von der Nationalversammlung erwarten sie, daß dieselbe den Weg der Ausnahme-gesetzgebung nicht beschreitet, sondern den Betriebsräten in graphischen Betrieben bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte zuerkennt.

Anschließend hieran wurde die Einschränkung des Strom- und Gasverbrauchs und die sich hieraus ergebenden unliebsamen Folgen für die Arbeiterchaft besprochen und verlangt, daß die Kurzarbeitsunterstützung eine den jetzigen Teuerungs- und Lohnverhältnissen eher Rechnung tragende Regelung erfahre und die längst versprochene Zuteilung der Gas-mengen entsprechend der Kopfzahl der Familien endlich durchgeführt werde.

**Zwidau.** Hauptversammlung am 21. Januar 1920 im „Goldenen Becher“. Die Vorsitzende Clara Stopp erstattete Bericht über das verfloffene Jahr. Sie gab bekannt, daß sich im abgelaufenen Jahr der Mitgliederbestand verdoppelt hat und deshalb auch die Arbeit gewachsen ist. Ebenso hat die Einführung der verschiedenen Teuerungszulagen und der Reichstariif viel Arbeit verursacht. Den Kassenbericht gab Kollege Anderleit. Bei der Vorstandswahl empfahl Kollege Anderleit, da er infolge vorgerückten Alters den Kassiererposten nicht wieder annehmen könne, daß Amt einem jüngeren Kollegen zu übertragen. Gewählt wurden: erste Vorsitzende Clara Stopp; zweiter Vorsitzender Kollege Anderleit; erste Schriftführerin Anna Selbig; zweite Schriftführerin Ella König; Kassierer Otto Federl; Revisoren Kollege Seidler und Kollegin Frieda Schott. Den Bericht über das Graphische Kartell gab Genosse Max Müller. Zur Gründung der

Konkurrenz betonte die Notwendigkeit derselben. Laut Vorschlag des Gesamtverbandes sollen männliche Mitglieder 10 Pf. und weibliche 5 Pf. pro Woche steuern, wovon pro Mitglied und Monat 5 Pf. an das graphische Kartell zu entrichten sind. Diese Vorschläge wurden einstimmig gutgeheißen. Unter „Verschiedenem“ verlas die Vorsitzende ein Schreiben des Hauptverbandes, in welchem die Verzögerung der Einführung des Reichstaxtarifs erklärt wurde. Allgemeines Verwundern rief die Stellungnahme der Prinzipale zum Reichstaxtarif hervor. Mit einem Appell an die Mitglieder, der Weisung des Hauptverbandes gemäß Ruhe und Geduld zu bewahren, schloß die Vorsitzende die Versammlung.

## Rundschau.

**Die deutschen Gewerkschaften am Jahreschluss.** Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ gibt in seinem Jahresrückblick für 1919 über das Anwachsen der Gewerkschaften folgenden Aufschluß:

„Die deutschen Gewerkschaften können auf das Jahr 1919 mit Befriedigung zurückblicken. Mit 1,6 Millionen Mitgliedern begannen sie ihren Wiederaufstieg, und am Jahreschluss erreichten sie 7,1 Millionen. Die Entwicklung war geradezu eine stürmische. Bereits Ende Januar war die Mitgliederhöhe der Vorkriegszeit von 2,5 Millionen erreicht. Ende Februar überschritten die Gewerkschaften die dritte Million, Ende April die vierte, Mitte Juni die fünfte, Mitte August die sechste Million. Seitdem hat sich der Zugang merklich verlangsamt. Zweifellos können noch mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte für die Gewerkschaften gewonnen werden, auch unter Berücksichtigung eines gewissen Prozentsatzes, den andere Gewerkschaftsgruppen an sich ziehen. Aber diese werden nur in dem Maße organisationsreif, als sich das Wirtschaftsleben wieder erstarbt. Auch die Millionen Arbeitnehmer der Landwirtschaft werden erst nach Jahren den Gewerkschaften zugeführt werden können. Immerhin wurde von Mitte August bis Mitte November, also in drei Monaten, eine weitere, die siebente Million von Mitgliedern hinzugefügt. Auch heute noch befinden sich die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen im Steigen, und wenn auch langsamer vorwärts geht, als in den ersten Quartalen, so dürfen wir doch noch einen weiteren beträchtlichen Zuwachs erwarten. Von den 52 Gewerkschaften zählen 12 über 100 000 Mitglieder; sie vereinigen mit insgesamt 5,91 Millionen etwa 82 Proz. der Gesamtmitgliedschaft. Zehn weitere Verbände zählen über 50 000 bis 90 000 Mitglieder. Mit 710 000 Mitgliedern umfassen sie etwa 10 Proz. der Gesamtzahl. Die restlichen 500 000 Mitglieder verteilen sich auf 30 Gewerkschaften, von denen 17 Verbände zwischen je 10 000 und 48 000 und 13 weniger als je 10 000 Mitglieder zählen.“

**Der 1. Kongress der Gewerkschaften Deutsch-österreichs** fand Anfang Dezember in Wien statt. Anwesend waren 361 Delegierte, die 682 000 Mitglieder vertraten, darunter 255 Delegierte aus Wien. Die fürchtbare Not Wiens an allen Bedarfsmitteln gab dem Gewerkschaftstage sein Gepräge. Der Vertreter der Internationalen Gewerkschaften und insbesondere der holländischen Gewerkschaften, **Simmen**, versprach eine aktive Hilfe, durch die man 100 bis 200 Millionen Kronen aufzubringen hofft. Die Arbeiter Hollands haben sich entschlossen, den 2. Weihnachtstagsfesttag freiwillig für Deutschösterreich zu arbeiten, ein Entschluß, der sowohl auf dem Gewerkschaftstage, als auch bei der Wiener Bevölkerung die dankbarste Würdigung findet.

Der Vertreter der reichsdeutschen Gewerkschaften, **Umbreit**, konnte gleichfalls eine Hilfsaktion der deutschen Gewerkschaften versprechen und betonte unter lebhaftem Beifall den Einheitsgedanken der Deutschen Deutschösterreichs und des Deutschen Reiches. Erschütternd war die Erklärung **Maccans**, namens der deutschböhmischen Organisationen, die der Friedensvertrag von Deutschösterreich losgelöst: „Das Wehr an Hunger und Kälte würden wir gern mit Ihnen teilen, wenn uns die große politische Revolution bei Ihnen gelassen hätte, zu denen wir natürlich gehören.“ Auch über die Rückständigkeit der Sozialpolitik der Tschecho-slowakei gegenüber dem gegenwärtigen Stande in Deutschösterreich wurde Klage geführt, so daß die Arbeiter in den gewaltsam abgeleiteten Landesteilen sich auch in sozialpolitischer Hinsicht stark benachteiligt fühlen. Von Bedeutung war die Erklärung des Staatskanzlers **Renner**, daß es im Interesse der Arbeiterbewegung sei, sich mit der Gleichberechtigung gegenüber den Unternehmern, die ihnen die Re-

volution gebracht habe, vorläufig zu begnügen und die Grenzen zu bedenken, die einer Koalitionsregierung angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage gezogen sind. Die Gewerkschaften hätten die Bedeutung des Satzes erkannt, daß man zunächst das anstreben und ergreifen soll, was man auch behaupten könne.

Den Bericht der deutsch-österreichischen Gewerkschaftskommission erstattete **Hueber**, der u. a. auf die Arbeitskonferenz in Washington einging sowie auf die hochnotpeinlichen Unterhandlungen mit einem von der Entente eingesetzten Subkomitee der Reparationskommission. Man hat dort die Arbeitervertreter sehr genau über ihre Organisationen, Löhne und Leistungen der Arbeiterschaft usw. befragt, auch Abhilfe für die Kohlen- und Lebensmittelnot versprochen, bisher aber noch wenig dafür geleistet. Außerdem hat eine Industriekonferenz der österreichischen Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern stattgefunden. Auf dieser Konferenz wurde die Neuregelung der Arbeiterlöhne (Teilung in konstante und variable Löhne, Soziale Praxis Sp. 192) eingehend erwoogen, doch seien endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt.

Der Zustrom der Angelegtesten zu den sozialistischen Gewerkschaften wurde im allgemeinen Gewerkschaftstage mit keiner besonderen Freude begrüßt. Es kam sogar geradezu zu einem Zusammenstoß zwischen Kopf- und Handarbeitern. Auch machten sich starke Gegenätze geltend zwischen den auf Privatdienstvertrag verpflichteten Angestellten und Arbeitern und denen in beamtenmäßiger Stellung. Die Kopparbeiter klagen über ihre ungenügende Besoldung gegenüber dem Einkommen der Handarbeiter, die beamtenmäßig angestellten Kräfte finden in ihrer Pensionsberechtigung keinen genügenden Ausgleich für ihre jociel geringere Entlohnung, die „freien Angestellten und Arbeiter“ sehen mit einer gewissen Geringschätzung auf die Beamten herab, die nur bureaukratische Teilarbeit leisten.

Sehr maßvoll waren die sozialpolitischen Forderungen des Kongresses; hier wurde das Wort von **Renner**, die Grenzen zu bedenken, bewahrt. Vor allem wurde ein allgemein einheitliches Arbeiterrecht gefordert, das insbesondere auch die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die Hausgehilfen zu schützen hat; in diesem Geheuch hätte alle Spezialgesetze zusammengefaßt zu werden. Weiter wurde eine Vereinheitlichung des gesamten Versicherungswesens und im Hinblick auf die zu erwartende Verwendung österreichischer Arbeiter beim Wiederaufbau Nordfrankreichs die Beistellung sozialpolitischer Attaches zum Schutze der deutschösterreichischen Arbeiter im Auslande verlangt. **Atopisch** war nur die Forderung **Wicks**, daß die Inhaber offener Stellen verboten würden, da durch dieselben die Arbeitslosen verleitet würden, ihre Ansprüche herunterzusetzen.

Staatssekretär **Hanusch** berichtete ausführlich über das seit der Revolution in sozialpolitischer Hinsicht Geleistete und machte dabei die Mitteilung, daß an die Stelle der Arbeitslosenunterstützung, für die bisher der Staat allein aufzukommen hatte, eine Arbeitslosenversicherung treten wird, deren Kosten der Arbeiter selbst, die Unternehmer und erst in dritter Linie der Staat zu tragen hätte. Angestrebt wird ferner die Schaffung von Arbeiterkammern als Gegengewicht gegen die Handelskammern; eine Ausdehnung der Krankenversicherung auf die versicherungsfreien Kreise der Arbeiterschaft, insbesondere auf die Land- und Forstarbeiter wird vorbereitet. Ebenso soll die Unfallversicherung auf alle Arbeiter ausgedehnt werden.

Am letzten Tage des Gewerkschaftskongresses endlich gelangte nochmals die Ernährungsfrage zur Sprache. Von den vielen Einzelheiten, die dabei gebracht wurden, seien nur folgende Biffern genannt: In Deutschösterreich kostet zufolge seines Kalorienwertes heute 1 kg Mehl 17,82 Kronen, Reis 32 Kronen und Bohnen 25 Kronen. Infolge des weiteren Kalorienwertes haben sich diese Preise noch um etwa 40 bis 50 v. H. erhöht. Der Gewerkschaftskongress verschloß sich nicht der Erkenntnis, daß die erste und wichtigste Frage für Deutschösterreich die Besserung seiner Valuta sei. Beachtenswert sind die Ausführungen einer Rednerin, welche die Bedeutung eines internationalen Ausbaues der Genossenschaftsbewegung betonte; die Konsumvereine sollen infolge dieser Organisation nicht länger gezwungen sein, von kapitalistischen Trusts und Syndikaten zu kaufen, sondern von internationalen Genossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Der Kongress klang in einer Betonung der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft als

eines Mittels zum Wiederaufbau und zur Rettung Deutschösterreichs aus. Insbesondere war auch wiederholt die Hilfsbereitschaft Deutschlands anerkannt worden, und der Vertreter der reichsdeutschen Gewerkschaften, **Umbreit**, fand allgemeine Zustimmung, als er erklärte: „Dauernde Hilfe kann nur die Vereinigung mit Deutschland bringen“.

## Adressentafel.

**Böhmisch.** Vorsitzender: Paul Mäsch, Kleinembach. — Kassierer: Wilhelm Weber, Böhmisch, Gerberstraße.

**Zwickau i. S.** Vorsitzende: Fräul. Mlra Stopp, Moritzstr. 5. — Kassierer: Otto Federl, („Tägliches Volksblatt“), Poststr. 16.

**Erlangen.** Vorsitzende und Kassierer: Frau Eva Schiem, Feldstr. 3.

**Höppingen.** Vorsitzender: A. Bühler, Segelstraße 11. — Kassierer: S. Weß, Geißlingerstraße 9.

**Schramberg.** Kassierer: F. Dehler, Alte Staige 104.

**Heutlingen.** Vorsitzender und Kassierer: Gustav Ziegler, Kantsleistr. 33.

## Neue Abstelle:

**Kaiserslautern.** Vorsitzender: Rudolf Kröner, Bismarckstr. 32. — Kassierer: Georg Krautwurst, Eichenstr. 3.

## Abrechnungen.

Abrechnungen des vierten Quartals gingen bis zum 2. Februar ein:

Gau 2: Wschaffenburg 395.76, Cassel 1107.—, Darmstadt 778.56, Eberstadt 136.94, Frankfurt a. M. 4565.65, Gießen 247.35, Groß- und Klein-Steinheim 1613.—, Hanau 544.05, Limburg 240.75, Mainz 967.69, Offenbach 684.17, Weimar 23.24, Wiesbaden 666.92, Worms 285.05 Mf.

Gau 3: Ludwigshafen 636.73 Mf.

Gau 4: Donaueschingen 137.20, Freising 127.70, Landskron 144.45, München 12 218.90, Reichenhall 102.10, Straubing 59.42 Mf.

Gau 5: Glauchau 109.— Mf.

Gau 9: Bielefeld 3359.57, Braunschweig 756.70, Detmold 729.99, Enger 127.41, Göttingen 167.28, Goslar 210.65, Gießemünde 75.65, Hagen 195.50, Hannover 2987.39, Herzford 1509.30, Silberheim 375.28, Söxter 391.43, Bineburg 112.97, Welle 159.98, Minden 522.05, Norden 51.—, Osnabrück 82.45 Mf. S. Kobahl.

## Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Die Beratungsstelle für versicherungsfreie Familienmitglieder befindet sich Alexandrinenstr. 44, Vorderhaus Parterre.

Sprechstunden wochentags 10—1 Uhr. Legitimation: Mitgliedsbuch des Versicherten. Grünliche Untersuchungen und Verordnungen (auch Lebensmittelatteste) kostenlos.

## Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege

### Kurt Säger

und die Kollegin

### Hedwig Windisch

(i. Fa. Grünberg)

nach langen schweren Leiden verstorben sind.

Ghre ihrem Andenken!

Die Bahnhalle Dresden.

## Nachruf.

Am 20. Januar verschied unsere treue Kollegin

### Anna Ziehm

(i. Fa. G. A. Nicolaus)

im Alter von 29 Jahren. Ihr ruhiges biederer Wesen sichern ihr ein ehrendes Andenken.

Die Bahnhalle Bremen.